

# Ernst Lemmer in der SBZ (1945–1949). Der lange Weg nach Westen

Von Marion Hausmann

Das Bild Ernst Lemmers verblasst im öffentlichen Gedächtnis zusehends. Manche ältere erinnern sich noch an den engagierten gesamtdeutschen Politiker und Bundesminister, jüngere dagegen verbinden kaum etwas mit seiner Person. Doch mit seiner Rolle in der CDU der sowjetisch-besetzten Zone hat er sogar vereinzelt Eingang in die Schulgeschichtsbücher gefunden: Genannt wird er im Zusammenhang mit der Entwicklung der Parteien in der SBZ, der Absetzung der CDU-Vorsitzenden durch die sowjetische Besatzungsmacht am 20. Dezember 1947.<sup>1</sup> Sein Name ist dabei untrennbar mit dem Jakob Kaisers verbunden; häufig steht er in dessen Schatten. Hatte er nicht einen eigenen Weg?

In diesem Aufsatz soll der bekannteste Teil seines Lebenswegs, seine Rolle in der SBZ, näher beleuchtet werden. Dabei wird nicht allein seine Tätigkeit in der CDU, sondern zunächst die in den späteren DDR-Massenorganisationen Kulturbund und FDGB betrachtet. Insgesamt fällt auf, dass Lemmer vergleichsweise lange in der SBZ verblieb: Während Kaiser seinen Arbeitsschwerpunkt unmittelbar nach der Absetzung in den Westen verlegte,<sup>2</sup> harnte Lemmer noch bis zum Mai 1949 aus. Suchte er in der Zwischenzeit sich anzupassen, Kompromisse zu schließen, und bot er damit ein Gegenmodell für diejenigen, die einen kompromisslosen Kurs nicht mittragen konnten und wollten?

## I.

Diese Fragestellung soll zunächst an Lemmers Verhalten im Kulturbund überprüft werden. Der »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« wurde 1945 maßgeblich auf Betreiben des kommunistischen Schriftstellers Johannes R. Becher ins Leben gerufen. Pläne für eine Kulturorganisation lagen bereits im Moskauer Exil vor, Becher sorgte für die schnellstmögliche Realisierung: Am 25. Juni versammelte er in seiner Villa in Dahlem einen Kreis von Interessierten, die ihn beauftragten, einen Antrag

---

1 *Buchners Kolleg Geschichte*, Ausgabe C: *Deutschland zwischen Diktatur und Demokratie – Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Bamberg 2002, S. 168. Siehe auch Informationen zur politischen Bildung 259: *Deutschland 1945–1949. Besatzungszeit und Staatsgründung*, Neudruck 2002, S. 47.

2 Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, Stuttgart 1969, S. 213–228.

auf die Genehmigung einer Kulturvereinigung zu stellen. Diesem wurde prompt am 26. Juni stattgegeben.<sup>3</sup> Bereits am 4. Juli 1945 konnte sich der Kulturbund einer breiten Öffentlichkeit vorstellen: Auf einer Großkundgebung im Berliner Rundfunkhaus präsentierte Becher die sieben Leitsätze des Programms, mit den Hauptzielen, die »Naziideologie auf allen Lebens- und Wissensgebieten...« zu vernichten und »die Neugeburt des deutschen Geistes im Zeichen einer streitbaren demokratischen Weltanschauung« zu fördern.<sup>4</sup> Die Betonung der Überparteilichkeit und der demokratischen Werte waren es denn auch, die den Kulturbund zu einem attraktiven Diskussionsforum für zahlreiche Intellektuelle machte. Erst nach und nach sollte er in den Sog der kommunistischen SED geraten.<sup>5</sup>

Am 8. August 1945 fand die offizielle Gründungsversammlung statt, auf der Becher zum Vorsitzenden gewählt wurde. Für organisatorische Fragen wurde ein Präsidialausschuss eingesetzt, des weiteren stand dem Vorsitzenden ein 24-köpfiger Präsidialrat zur Seite. Diesem Gremium gehörten Repräsentanten aller Parteien und der verschiedenen Bereiche des kulturellen Lebens an, wobei die KPD mit acht Vertretern von vornherein einen überproportional großen Anteil hatte. Für die CDU wurden Theodor Bohner, Ferdinand Friedensburg sowie Ernst Lemmer in den Präsidialrat gewählt.<sup>6</sup> Spä-

---

3 Magdalena HEIDER, *Politik – Kultur – Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR*, Köln 1993. Die 1991 fertig gestellte Dissertation basiert lediglich auf vor 1989 zugänglichen Quellen. DIES., *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (KB)*, in: Martin Broszat/Hermann WEBER (Hg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München 1990, S. 714–733; Wolfgang SCHIVELBUSCH, *Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945–1948*, Frankfurt/M. 1997, S. 117–168.

4 HEIDER, *Politik* (wie Anm. 3), S. 36–38; SCHIVELBUSCH (wie Anm. 3), S. 122f., Programm S. 310 Anm. 166, sowie bei Christoph KLESSMANN, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 5. Aufl., Bonn 1991, S. 440f.

5 Vgl. SCHIVELBUSCH (wie Anm. 3), S. 151, sowie Magdalena HEIDER, *Die Rolle des Kulturbunds 1945–1950*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II,1: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung*, Baden-Baden 1995, S. 89–96.

6 Protokoll der Gründungskonferenz des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands am 8. August 1945, BA (SAPMO), DY 27/907. Siehe auch HEIDER, *Politik* (wie Anm. 3), S. 38–40. Dr. Ferdinand Friedensburg, ehemals Regierungspräsident in Kassel, kannte Lemmer bereits aus der DDP der Weimarer Republik. 1945/46 war er Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in der SBZ, 1946–1951 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin. Ralf BAUS, Art. *Ferdinand Friedensburg*, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2004, S. 241f., Ferdinand FRIEDENSBURG, *Lebenserinnerungen*, Frankfurt/M. 1969; Reinhard FROMMELT, *Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer*, in: Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO, *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, München 1981, S. 208–221.

testens mit diesem Zeitpunkt setzte Lemmers Engagement im Kulturbund ein.<sup>7</sup>

In der Anfangszeit beteiligte sich Lemmer an den Sitzungen des Präsidialrats und versprach rege Unterstützung bei der Vereinsarbeit.<sup>8</sup> Im Sommer 1946 wählte der Präsidialrat ihn in eine Kommission, die Möglichkeiten zu Kontakten mit den anderen Besatzungszonen ausloten sollte.<sup>9</sup> Gesamtdeutsche Fragen wurden ihm auch hier zum wichtigen Anliegen.<sup>10</sup>

Erste Konflikte bahnten sich im Juli 1946 an, als der Präsidialrat eine Beteiligung des Kulturbundes an den Kommunalwahlen der SBZ diskutierte. KPD-Repräsentanten wie Anton Ackermann unterstützten eine Teilnahme, Ferdinand Friedensburg hingegen sprach sich vehement dagegen aus. Lemmer verhielt sich konzilient und kompromissbereit, da »es sich zunächst ja nur um Gemeindewahlen handele«.<sup>11</sup> Während Friedensburg sich also von vornherein um eine grundsätzliche Klärung bemühte, zog Lemmer eine Kompromisslösung vor und wich dem Konflikt aus.

Diese ersten Dissonanzen beeinträchtigten sein Engagement für den Kulturbund nicht, im Gegenteil: Er beteiligte sich an der Vorbereitung der ersten Bundeskonferenz, trat (ebenso wie Friedensburg) als Redner der Referentenschule im Ostseebad Ahrenshoop auf<sup>12</sup> und engagierte sich für ein »Manifest aller Kulturschaffenden und der geistig schaffenden Menschen« aller Zonen.<sup>13</sup> Als dem Kulturbund das Verbot im amerikanischen Sektor drohte, nahm Lemmer an der Protestkundgebung im Berliner Rundfunkhaus teil. Hier wie auf der offiziellen Pressekonferenz hob er die Überparteilichkeit der Organisation hervor und machte Spannungen zwischen den Besatzungsmächten sowie unbegründetes Misstrauen gegenüber der Kulturorganisation für den Konflikt verantwortlich.<sup>14</sup> Noch stand er voll und ganz hinter der Organisation.

---

7 Sein weiteres Engagement lässt sich anhand der Protokolle des Präsidialrats bzw. später des Präsidialausschusses gut nachvollziehen. BA (SAPMO), DY 27/907–911.

8 Protokoll der Präsidialratssitzung vom 24.8.1945, BA (SAPMO), DY 27/907; hier sämtliche Protokolle für 1945.

9 Präsidialratssitzungen vom 24.6. und 30.07.1946, BA (SAPMO), DY 27/908.

10 Siehe z. B. seine Ansprache zum dreijährigen Bestehen des Kulturbundes, BA (SAPMO), DY 27/56.

11 Protokoll der Präsidialratssitzung vom 30.7.1946, BA (SAPMO), DY 27/908. Zur Beteiligung des Kulturbundes an den Gemeindewahlen HEIDER, *Politik* (wie Anm. 3), S. 85–88.

12 Programm der Referentenschule Ahrenshoop, 2. bis 29. August 1947, BA (SAPMO), DY 27/892.

13 Protokoll der Präsidialratssitzung vom 16.1.1948, BA (SAPMO), DY 27/910.

14 *Freiheit dem Kulturbund*, Kundgebung am 26.11.1947, Berlin 1947 (Rede Lemmers S. 26–29). Protokoll über die Pressekonferenz am 5.11.1947, BA (SAPMO), DY 27/909. Zum Verbot Schivelbusch (wie Anm. 3), S. 155–160; HEIDER, *Politik* (wie Anm. 3), S. 41–43.

Das Engagement wurde honoriert: Am 16. Januar 1948, zu einem Zeitpunkt also, als Lemmer als CDU-Vorsitzender bereits abgesetzt worden war, schlug Becher vor, ihn als 5. Vizepräsidenten in den Präsidialausschuss aufzunehmen.<sup>15</sup> Dieses Amt war zwar in der Satzung nicht vorgesehen, wurde ihm aber dennoch übertragen. Seine erste Aufgabe war es, gemeinsam mit dem kommunistischen Schriftsteller Alexander Abusch<sup>16</sup> ein Manifest für die kulturelle Einheit Deutschlands zu verfassen.<sup>17</sup> 1948 trat er weiterhin als Redner und Diskussionsleiter auf Veranstaltungen des Kulturbundes auf.<sup>18</sup> Wollte man ihn auf diese Weise für ein Bleiben in der SBZ gewinnen?

Parallel entwickelte sich die Auseinandersetzung Ferdinand Friedensburgs mit dem Kulturbund: Im Mai 1948 kritisierte er im Präsidialausschuss das Referentenmaterial der ideologischen Abteilung des Kulturbundes über das Jahr 1848: Es passe besser zu den »polemischen Artikeln einer Parteizeitung« als zum überparteilichen Kulturbund. Der Präsidialausschuss kam indes zu keinem Konsens, Friedensburg verließ die Sitzung vorzeitig. Lemmer, der zu spät kam, stellte sich nicht hinter den Parteifreund, sondern bat lediglich, »dafür zu sorgen, dass eine bessere Zusammenarbeit der Ausschussmitglieder in Zukunft angestrebt« werde.<sup>19</sup> Im August 1948 kam es zu einem weiteren Schlagabtausch; Anlass war eine Aussprache des Präsidialausschusses über die Gründung einer Konkurrenzorganisation im Westen, dem »Freien Kulturbund«, und über die wachsende Zahl von Austritten. Friedensburg kritisierte abermals das politische Vokabular des Referentenmaterials und äußerte die Befürchtung, dass der Kulturbund durch die zahlreichen Austritte »eine Schlagseite erhalten habe«. Lemmer verteidigte die Organisation gegen seine Vorwürfe und interpretierte die Austritte als Ausdruck der »internationalen politischen Spannungen«: Insbesondere die amerikanische Besatzungsmacht fordere »von den Leuten, die in einer Abhängigkeit von ihnen sind, immer offener eine Stellungnahme für die Amerikaner.«<sup>20</sup> Mit solchen Sätzen diente sich Lemmer geradezu den SED-Vertretern an und verweigerte sich, zumindest nach außen, der Einsicht Friedensburgs. Letzterer wurde bereits in der nächsten Sitzung

---

15 Lemmer war erstmals am 20.1.1948 im Präsidialausschuss anwesend, Protokoll in BA (SAPMO), DY 27/980.

16 Alexander Abusch (1902–1982) publizierte in der Weimarer Republik unter dem Pseudonym Reinhardt Ernst. 1918 trat er der KPD bei und war Chefredakteur diverser KPD-Organen. Er gehörte dem Präsidialrat des Kulturbunds von 1946–1982 an, machte in der DDR eine kleine politische Karriere als Minister für Kultur (1958–1961) und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats (1961–1971). Vgl. *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 3), S. 858.

17 Präsidialausschusssitzung vom 20.1.1948, BA (SAPMO), DY 27/980. Das Manifest wird in den folgenden Sitzungen (Protokolle Ebd.) gebilligt.

18 Siehe Protokolle des Präsidialrats, BA (SAPMO), DY 27/910.

19 Präsidialausschusssitzung vom 22.5.1948, BA (SAPMO), DY 27/980.

20 Präsidialausschusssitzung vom 2.8.1948, Ebd.

des Präsidialrates aus dem Kulturbund ausgeschlossen, auch hierzu gab Lemmer keine Stellungnahme ab.<sup>21</sup>

Doch nur wenig später geriet er selbst in Gegensatz zu den Vertretern der SED: Anlass war der Beschluss, in der Vorbereitung des zweiten Bundeskongresses die Grundaufgaben des Kulturbundes neu zu formulieren. Hierzu legte Abusch einen Entwurf vor, der im Präsidialrat heftig diskutiert wurde. Lemmer machte, laut Protokoll, »eine ganze Reihe längerer Verbesserungsvorschläge« – signifikanterweise wurde das Protokoll hier gekürzt, ein erst seit 1949 übliches Vorgehen. Jedenfalls betrafen seine Kritikpunkte, ähnlich wie im Fall Ferdinand Friedensburgs, ideologische Begrifflichkeiten. In den darauffolgenden Sitzungen des Präsidialrates fehlte Lemmer; er wurde jedoch in der Diskussion um das Grundsatzpapier mehrfach zitiert, immer als Gegenpol zu Abusch. Letztlich setzte sich jedoch dessen Entwurf durch.<sup>22</sup> Der unterlegene Lemmer war zu diesem Zeitpunkt bereits im Westen.

Anders als bei Friedensburg zogen die politischen Differenzen jedoch nicht den Ausschluss aus dem Kulturbund nach sich. Erst am 21. November 1949 erklärte Lemmer von Westberlin aus in einem persönlichen Schreiben an Becher seinen Rücktritt vom Präsidialrat. Als »äußeren Grund« gab er neue berufliche Pflichten an, die »inneren Gründe« wolle er in einem persönlichen Gespräch darlegen. Ob es dazu noch kam, ist nicht klar. Aus dem Brief spricht bittere Enttäuschung über »die deutsche Entwicklung der letzten Jahre«, gleichzeitig durchaus Sympathie für Becher. Der Stil ist typisch für Lemmer, der persönliche Beziehungen auch über Parteigrenzen hinweg pflegte. Bezeichnenderweise erklärte er nicht den Austritt aus dem Kulturbund und rechnete nicht mit Einzelpersonen oder der Organisation ab.<sup>23</sup> Noch im Rücktritt blieb er so konziliant.

Alles in allem waren Lemmers Aktivitäten im Kulturbund kein Ruhmesblatt in der Karriere des Demokraten. Im Konflikt zwischen der Organisation und Ferdinand Friedensburg stellte er sich zu keiner Zeit hinter den Parteifreund. Dessen nur allzu berechtigte Kritik an der Organisation wies er zurück und zeigte sich so außerordentlich anpassungs- und kompromissbereit. Allerdings war der Kulturbund für Lemmer nur ein Nebenschauplatz, auf dem die Auseinandersetzung kaum lohnen mochte. Wichtiger waren Gewerkschaft und Partei.

## II.

Pläne zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft bestanden bereits während der NS-Zeit in einem Kreis um Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner und Max Haber-

---

21 Präsidialratssitzung vom 7.9.1948, BA (SAPMO), DY 27/910.

22 Präsidialratssitzungen vom 29.4. und 14.6.1949, BA (SAPMO), DY 27/911.

23 BA (SAPMO), DY 27/56, weitere Kopie in DY 27/1028.

mann. Auch Lemmer war darüber informiert.<sup>24</sup> Gleichfalls sah die exilierte KPD-Führung die Gründung einer Einheitsgewerkschaft vor, wobei es sich allerdings von vornherein nicht um eine unabhängige Gewerkschaft handeln sollte.<sup>25</sup>

Schon Anfang Mai 1945 n sich in Berlin ehemalige Funktionsträger des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Mitte Mai kam durch die Vermittlung Theodor Leiparts der Kontakt zu Jakob Kaiser zustande.<sup>26</sup> Umstritten war in diesem Kreis noch, ob und in wie weit kommunistische Gewerkschafter hinzugezogen werden sollten. Schließlich nahmen die ehemaligen ADGB-Mitglieder Göring und Schlimme Kontakt zu zurückgekehrten KPD-Mitgliedern auf, in der Befürchtung, diese würden ihnen sonst mit einer Gewerkschaftsgründung zuvor kommen; man einigte sich auf eine Zusammenarbeit.<sup>27</sup> Anfang Juni wurde der Kreis noch erweitert. Durch die Vermittlung Kaisers wurde Ernst Lemmer als Repräsentant der Weimarer Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften hinzugezogen. In den folgenden Wochen wurde in langen und kontroversen Sitzungen der Gründungsaufwurf erarbeitet. Neben dem Programm war besonders die Verteilung von Funktionen in einem künftigen Vorstand umstritten, doch mit Mühe und Not gelang es, eine Einigung zu erreichen.<sup>28</sup> Aus den beteiligten Personen konstituierte sich der achtköpfige

24 Detlev BRUNNER, *Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre*, Essen 2000, S. 29–33; Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*, Stuttgart, 1967, S. 65, 229.

25 Einleitung zu Detlev BRUNNER, *Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB*, Essen 1996, S. 9f. (Zitat S. 10); vgl. Rede Ulbrichts auf der Gewerkschaftskonferenz Halle/Saale-Kreis am 29.8.1945, in: Klaus HELF, *Von der Interessenvertretung zur Transmission. Die Wandlung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) 1945–1950*, in: Hermann WEBER (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR*, Köln 1982, S. 339–386, hier S. 346f.; Werner MÜLLER, *Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)*, in: *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 3), S. 626–664, hier S. 628; DERS., *Zur Entwicklung des FDGB in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945*, in: Erich MATTHIAS/Klaus SCHÖNHOFEN (Hg.), *Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn 1984, S. 325–347, hier S. 329f.

26 CONZE (wie Anm. 2), S. 11f.; BRUNNER, *Sozialdemokraten* (wie Anm. 24), S. 38f.

27 Zu den Sondierungen EBD., S. 39–42; Erich W. GNIFFKE, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1960 (ND 1990), S. 26; CONZE (wie Anm. 2), S. 11–13.

28 Die Verhandlungen sind anschaulich in einem Brief Schlimmes an Hans Vogel vom 2.10.1945, abgedr. bei HELF, *Interessenvertretung* (wie Anm. 25), S. 347–349 dokumentiert. Siehe auch CONZE (wie Anm. 2), S. 13; BRUNNER, *Sozialdemokraten* (wie Anm. 24), S. 42–47; Ulrich GILL, *FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990*, Köln 1991, S. 25f. Ernst LEMMER, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Neuaufgabe, München 1996, S. 291, bezeichnet die Verhandlungen dagegen als »reibungslos«, da »die Kommunisten sowohl den sozialdemokratischen Gründern als auch Kaiser und mir nichts zumuten wollten, was eine Einigung erschwert oder gar verhindert hätte«. In der Rückschau war wohl die Bedeutung der Auseinandersetzungen geschwunden.

»Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss für Groß-Berlin«, der am 14. Juni vom sowjetischen Stadtkommandanten Bersarin empfangen wurde und dessen Zustimmung erhielt. So konnte der Ausschuss nur einen Tag später, am 15. Juni 1945, schließlich mit dem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit treten.<sup>29</sup> Aus dem Berliner Gründungskern wurde ein Dachverband für die überall in der SBZ entstehenden Gewerkschaften und Betriebsräte entwickelt.

Die offizielle Gründungsversammlung des FDGB war für den Spätsommer 1945 in Berlin geplant; sie scheiterte indes am Einspruch der westlichen Alliierten – das Wahlverfahren entsprach nicht demokratischen Grundsätzen. Im November 1945 beauftragte die SMAD Vertreter der SPD und KPD, erneut ein Verfahren für die Einberufung eines Gründungskongresses zu entwickeln. Dies geschah unter Umgehung der Vertreter anderer Parteien, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer; ihnen blieb kaum anderes übrig, als nachträglich dem Verfahren zuzustimmen. Von Anfang an kam beiden eine Außenseiterrolle in der Gewerkschaft zu.<sup>30</sup>

Trotz der Dissonanzen im Vorfeld betonte Lemmer auf der Berliner Stadtkonferenz des FDGB (2./3.2.1946) die Einigungsbereitschaft in der neuen Gewerkschaft. Kaiser und er wurden mit hohen Stimmanteilen in den Vorstand gewählt (366 respektive 345 von 595 gültigen Stimmen).<sup>31</sup> Vom 9. bis 11. Februar 1946 fand dann in Berlin die eigentliche Gründungskonferenz statt, auf der der 45-köpfige Zonenvorstand gewählt wurde. Von den Vorstandsmitgliedern gehörten 19 der KPD, 18 der SPD und lediglich fünf der CDU an, einige waren parteilos. Der neue Vorstand bestimmte nun aus seiner Mitte einen hauptamtlichen Geschäftsführenden Vorstand, mit Jendretzky als erstem, Göring als zweitem und Lemmer als drittem Vorsitzenden.<sup>32</sup> Kaiser zog sich in der Folgezeit weitgehend aus der Gewerkschaftsarbeit zurück, um sich vorwiegend der CDU widmen zu können, bat jedoch Lemmer, sich weiterhin der Gewerkschaftsbewegung anzunehmen.<sup>33</sup> Mit ihm verfügte die CDU im-

29 Bericht über den Empfang in einem hektographierten Informationsdienst, 17.6.1945, NL Kaiser, BA N 1018/126, abgedr. in: Gerhard KEIDERLING, *Gruppe Ulbricht in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*, Berlin 1993, S. 548. Aufruf in: GILL, *FDGB* (wie Anm. 28), S. 89–92, sowie Horst BEDNARECK u. a. (Hg.), *Gewerkschaftlicher Neubeginn. Dokumente zur Gründung des FDGB und zu seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946*, Berlin (Ost) 1975, S. 8–11.

30 Auch bei Entscheidungen über die gewerkschaftliche Tageszeitung »Freie Gewerkschaft« (seit 1947 »Tribüne«) wurden Lemmer und Kaiser übergangen, vgl. MÜLLER, *FDGB* (wie Anm. 25), S. 632. Zu den Vorbereitungen der Delegiertenkonferenz detailliert BRUNNER, *Sozialdemokraten* (wie Anm. 24), S. 86–132.

31 EBD., S. 132f.; CONZE (wie Anm. 2), S. 56–58.

32 BRUNNER, *Sozialdemokraten* (wie Anm. 24), S. 136–143.

33 So LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 294. Zu Kaisers Rückzug auch CONZE (wie Anm. 2), S. 58f. Leider ist die Rolle der christlichen Gewerkschaftsvertreter im FDGB

merhin über einen erfahrenen und kompetenten Vertreter in der wichtigen Gewerkschaft.

Innerhalb des Vorstandes wurde Lemmer die Zuständigkeit für Presse und Rundfunk übertragen.<sup>34</sup> In dieser Funktion war er zum Beispiel 1946 maßgeblich an der Übernahme des Nachrichtendienstes ADN durch den FDGB beteiligt.<sup>35</sup> Dem ersten Anschein nach erhielt Lemmer hier eine verantwortungsvolle Stelle mit Außenwirkung. Doch wurde ihm von Beginn an das KPD-Mitglied Braß zur Seite gestellt, auch regierten die Vorsitzenden Jendretzky und Göring gerne in seinen Bereich hinein; ein selbständiges Arbeiten war kaum möglich. Darüber hinaus wurde Lemmer nicht selten übergangen; in zahlreichen Schreiben Görings oder Jendretzkys zu Presseangelegenheiten erschien er nicht einmal im Verteiler.<sup>36</sup> Wichtige Informationen wurden ihm häufig vorenthalten, wie eine Klage des Sekretärs der Rundfunkstelle, Baum, belegt: Lemmers Abteilung führe ein »Schattendasein«, weil sie Informationen oft erst aus der Presse erhalte: »Der für die Rundfunkstelle verantwortliche Sekretär kann den einzelnen Stellen im Hause nicht wie ein Berufsreporter nachlaufen, da er mit Arbeiten der Kulturabteilung für Zone und Berlin betraut ist.«<sup>37</sup> Innerhalb des FDGB-Vorstandes kam Lemmer also von vornherein eine Außenseiterrolle zu, dennoch arrangierte er sich zunächst mit der Organisation.

Ein weiteres Betätigungsfeld waren die Interzonenkonferenzen, insgesamt neun Zusammenkünfte von Gewerkschaftsvertretern aller Zonen.<sup>38</sup> Auf der 7. Interzonenkonferenz in Dresden (3. bis 5. Februar 1948) hielt Lemmer eines der Hauptreferate zum Thema Gewerkschaft und Parteien, in dem er für die überparteiliche Einheitsgewerkschaft plädierte. Dass er diesen Vortrag halten durfte, ist ein Indiz für ein gewisses Wohlwollen, das ihm die Besatzungsmacht und die SED-Vertreter auch nach dem Konflikt mit den CDU-Vorsitzenden noch entgegenbrachten.<sup>39</sup> Für den FDGB erfüllte Lemmer letztlich eine Ali-

---

kaum untersucht, die Forschung konzentriert sich auf die Rolle der Sozialdemokraten, wie jüngst BRUNNER, *Sozialdemokraten* (wie Anm. 24).

34 Zur Tätigkeit der Rundfunkstelle BA (SAPMO), DY 34/20796.

35 Siehe Aktennotiz 27.12.1946, Aktenvermerk (Ernst Lemmer) 2.12.1946, sowie weitere Unterlagen in BA (SAPMO), DY 34/20796.

36 Siehe Dokumente in BA (SAPMO), DY 34/20796.

37 Baum an die Vorsitzenden des FDGB, 17.7.1946. Das Antwortschreiben vom 22.7.1946 (Ebd.) versprach keine konkreten Maßnahmen. Im Schreiben vom 27.7.1946 klagte Baum erneut über die schlechte Unterrichtung der Rundfunkstelle (Ebd.).

38 Allerdings wurden die Vertreter der französischen Zone teilweise an der Teilnahme gehindert. *Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften*, hg. v. FDGB, Berlin Juli 1947; *Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950*. FDGB, UGO, DGB, hg. v. DGB, LV Berlin, Berlin 1971, S. 45–53; MÜLLER, *FDGB* (wie Anm. 25), S. 642f.

39 Stefan CREUZBERGER, »*Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen »Schlüsseldokumenten*«, in: Michael RICHTER/ Martin RISSMANN (Hg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Weimar 1995, S. 37–46, hier S. 39f.

bifunktion, schließlich schloss man sich auf der 7. Interzonenkonferenz den Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften noch an.<sup>40</sup> Wer konnte dies glaubwürdiger vertreten als Lemmer? Doch ließ sich er sich nicht gänzlich vor den Karren des FDGB spannen; in seinem Referat klangen durchaus Zweifel an: Zwar habe sich in den letzten zwei Jahren nichts ereignet, was den Versuch der Einheitsgewerkschaft »in Frage stellen könnte«, indes müsse die Entwicklung erst noch erweisen, ob ihm wirklich Erfolg beschieden sei.<sup>41</sup> Nur kurze Zeit später scheiterte im August 1948 auf der 9. Interzonenkonferenz bei Lindau am Bodensee die überzonale Zusammenarbeit der Gewerkschaften.<sup>42</sup> Im Zuge des beginnenden »Kalten Krieges« waren die Fronten verhärtet.

Der FDGB wurde nun zusehends den Zielen der SED untergeordnet.<sup>43</sup> Der noch moderate Vorsitzende Hans Jendretzky wurde durch das ehemalige KPD-Mitglied Herbert Warnke abgelöst. Lemmers Verhältnis zu den übrigen FDGB-Vorstandsmitgliedern verschlechterte sich zunehmend. Nun war kaum noch zu übersehen, dass er von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen und übergangen wurde: Am 8. November 1948 protestierte er erstmals schriftlich gegen die Veröffentlichung eines Schreibens des Bundesvorstands zu »interzonalen Angelegenheiten«, das auch Lemmers Unterschrift trug, ohne dass der Text mit ihm abgesprochen worden war.<sup>44</sup> Vergleichbares wiederholte sich, so dass Lemmer, wie er in den Memoiren knapp erläuterte, sein Ansehen und den guten Ruf gefährdet sah.<sup>45</sup>

Im April 1949 wurde die Situation endgültig untragbar. In einer Hausmitteilung an Herbert Warnke vom 1. April 1949 kündigte Lemmer seinen Rücktritt an, »um [sich] wieder ausschließlich publizistischen Aufgaben zuwenden zu können«. Dabei trat er keineswegs als Kritiker des FDGB auf, sondern gab sich versöhnlich, indem er die Freude darüber ausdrückte, »dass alle Aussicht besteht, dass wir in vernünftiger und freundschaftlicher Weise zu einer abschließenden Regelung kommen können.« Aufsehen bei der Presse sollte vermieden werden, diese dürfe »mit ihrem Sensationsbedürfnis dabei nicht auf ihre Kosten kommen«. <sup>46</sup> Tatsächlich meldeten die Zeitungen am 6. April 1949, Lemmer habe »aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt« erklärt, worauf der

---

40 Die 7. und 8. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften (*Informationen für Gewerkschaftsfunktionäre*), Berlin Mai 1948, S. 5 (Tagesordnung) und S. 7f. (Entschließung über die politische Stellung der Gewerkschaften und das Verhältnis zu politischen Parteien).

41 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 07-010-842.

42 *Berliner Gewerkschaftsgeschichte* (wie Anm. 38), S. 51f.

43 Vgl. BRUNNER, *Wandel des FDGB* (wie Anm. 25); HELF, *Interessenvertretung* (wie Anm. 25); BRUNNER, *Sozialdemokraten* (wie Anm. 24), S. 206–301.

44 BA (SAPMO), DY 34/20702; Beschluss des Vorstands zu Lemmers Rücktritt BA (SAPMO) DY 34/26390.

45 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 295.

46 BA (SAPMO), DY 34/20702.

Zweite Vorsitzende Göring ihm für »die beim Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegung geleisteten Dienste« freundlich gedankt habe.<sup>47</sup>

Eine etwas abweichende Darstellung gab Lemmer in seinen Memoiren: Danach sagte er Warnke direkt, »dass ich scheiden wolle, da dieser Gewerkschaftstypus nach sowjetischem Muster mit seinen kommunistischen Grundsätzen mir fremd bleiben werde und ich nicht länger in einer Atmosphäre mangelnden Vertrauens mit ihm und den anderen zusammenarbeiten könnte«. Weitere Kritik habe er in einer Sitzung des Teilvorstandes des FDGB vorgebracht. Sein kritisches Auftreten ist anderweitig jedoch nicht belegt.<sup>48</sup> Die übrigen Quellen, insbesondere die Berichterstattung in der Presse,<sup>49</sup> sprechen dafür, dass der Abgang deutlich leiser vor sich ging, als von Lemmer im Nachhinein geschildert. Noch im Rücktritt gab er sich rücksichtsvoll und konziliant, was wohl angezeigt war, um den unmittelbar bevorstehenden Umzug in den Westen nicht zu gefährden.

Im FDGB hatte Lemmer am längsten in führender Position ausgeharrt. Nach eigenen Angaben geschah dies, um sich hier für die Menschen in der Zone einsetzen zu können.<sup>50</sup> Sicher spielte die persönliche Verbundenheit mit zahlreichen Gewerkschaftsvertretern und den Bewohnern der SBZ eine wichtige Rolle – in der Tat setzte sich Lemmer beim FDGB für Einzelpersonen ein, wo er Benachteiligungen wahrnahm.<sup>51</sup> Ein mindestens genauso entscheidender Faktor war indes, dass er, der über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügte, beim FDGB ein Einkommen gefunden hatte. Dennoch blieb ihm 1949 nichts anderes übrig, als der SBZ den Rücken zu kehren.

### III.

Lemmers Parteikarriere ist, dank der Forschungen über die Ost-CDU, weitgehend bekannt.<sup>52</sup> Er war von Anbeginn dabei: Im Mai 1945 kam er zu Fuß von seinem Wohnort Klein-Machnow nach Berlin, um politische Freunde auf-

47 *Berlin. Chronik der Jahre 1948–1951*, Berlin 1964 (Nr. 16), S. 191.

48 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 333.

49 Siehe Pressespiegel im NL Lemmer, ACDP 01-280-041/5.

50 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 340.

51 Z. B. im Falle einer abgelehnten Gewerbekonzession, Lemmer an Jendretzky, 23.05.1946, BA (SAPMO), DY 34/20702.

52 Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik*, Düsseldorf 2001; Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998; Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, 2. Aufl., Düsseldorf 1991; CREUZBERGER, *Lemmer* (wie Anm. 39); Frommelt, *Friedensburg und Lemmer* (wie Anm. 6); Marion HAUSMANN, *Vom Weimarer Linksliberalen zum Christdemokraten. Ernst Lemmers politischer Weg bis 1945*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 14 (2002), S. 197–217.

zusuchen und am politischen Neuanfang teilzuhaben. Über Jakob Kaiser stieß er alsbald zum Gründerkreis der CDU und beteiligte sich an Planungen und Programmberatungen.<sup>53</sup> Innerhalb der neuen Sammlungsbewegung repräsentierte er die ehemaligen Linksliberalen; einige seiner einstigen Parteifreunde, darunter Ferdinand Friedensburg und Walther Schreiber, stießen durch ihn zur CDU.<sup>54</sup> Weitere (z. B. Hermann Dietrich) suchte er zu werben und die Gründung einer liberalen Partei in Berlin zu verhindern, allerdings ohne Erfolg.<sup>55</sup> Darüber hinaus stand er als bekennender Protestant für den überkonfessionellen Charakter der Partei.

Seine repräsentativen Funktionen, seine politische Erfahrung, sein Engagement und nicht zuletzt seine Rednergabe sicherten ihm einen raschen Aufstieg: Als sich im Sommer 1945 unter dem Vorsitz von Andreas Hermes ein vorläufiger Parteivorstand konstituierte, gehörte Lemmer zum engeren geschäftsführenden Vorstand.<sup>56</sup> Als Vorstandsmitglied vertrat er die Partei im »zentralen Einheitsfrontausschuss der antifaschistisch-demokratischen Parteien« in der SBZ, auch »Block« genannt. Der Block sollte nach außen der Besatzungsmacht beratend zur Seite stehen, hatte indes eher eine Legitimationsfunktion: Sobald seine Mitglieder Maßnahmen zugestimmt hatten, konnten diese nicht allein als Ausfluss willkürlicher Macht der SMAD dargestellt werden.<sup>57</sup>

Bereits Ende 1945 kam es zum Konflikt zwischen Besatzungsmacht und dem CDU-Vorstand. Anlass war die Auseinandersetzung um die entschädigungslose Bodenreform in der SBZ, die insbesondere vom Vorsitzenden Andreas Hermes scharf kritisiert wurde. Aufgrund ihres Widerstandes sahen sich CDU-Vertreter wie Emil Dovifat und Walther Schreiber massiven Angriffen

---

53 *Von Klein-Machnow nach Berlin*, »Frankfurter Illustrierte«, ACDP 01-280-041/5; NEBGEN, *Kaiser* (wie Anm. 24), S. 229; LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 263; Anna HERMES, *Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen*, Stuttgart 1971, S. 199–203. Ein Programmentwurf Lemmers ist im NL Hermes überliefert, ACDP 01-090-015/1. Vgl. Baus, *CDU* (wie Anm. 52), S. 69–98, WILDE (wie Anm. 52), S. 36–46.

54 CONZE (wie Anm. 2), S. 16.

55 Siehe Korrespondenz in BA N 1004/534 und 578. Zum Versuch, die Gründung der LDP zu verhindern, vgl. BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 87–90; Jürgen LOUIS/Ulf SOMMER, *Neue Dokumente zur Gründung der LDP im Juni 1945 in Berlin*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 36, Berlin 1994, S. S. 30–42.

56 Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU(D)*, in: *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 3), S. 517 und 531, nennt Lemmer als 3. Stellvertreter; CONZE (wie Anm. 2), z. B. S. 50, bezeichnet ihn als 4. Vorsitzenden. WILDE (wie Anm. 52), S. 57 Anm. 11, kritisiert plausibel Conzes Begriffe, da die Existenz eines 3. bzw. 4. Vorsitzenden erst im Dezember 1945 nachweisbar sei. LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 264, bezeichnet Kaiser und sich als Stellvertreter Hermes' und Schreibers.

57 Protokolle bei Siegfried SUCKUT, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses*, Köln 1986. Zur Funktion des Blocks EBD., S. 16–23.

ausgesetzt, Versammlungen wurden verhindert oder gestört.<sup>58</sup> Zum Eklat kam es in der Sitzung des »Blocks« am 22. November, als KPD und SPD überraschend eine Resolution mit dem Titel »Helft den Neubauern« einbrachten. Die LDP stimmte der Erklärung zu, wohingegen die CDU-Vertreter – Kaiser, Schreiber, Nebgen und Lemmer – auf Probleme bei der Durchführung hinwiesen und ihre Zustimmung »von einer offiziellen Stellungnahme« des »Blocks« gegen diese Missstände abhängig machten.<sup>59</sup> Wenig später erklärte sich Hermes gegen eine Beteiligung der CDU am Aufruf von KPD und SPD. Es kam zu keiner Einigung; am 8. Dezember wurde der Aufruf ohne Unterschrift der CDU veröffentlicht, in eklatanter Missachtung der Geschäftsordnung des Einheitsfrontausschusses, wonach Entscheidungen einstimmig zu fallen hatten.<sup>60</sup> Die SMAD setzte nun die Vertreter der CDU-Landesverbände unter Druck,<sup>61</sup> dem Berliner Vorstand das Misstrauen auszusprechen. Auf dem Höhepunkt der Krise beorderte die SMAD für den 19. Dezember ca. 50 CDU-Vertreter zu einer Tagung nach Berlin. Im Vorfeld des Treffens wurden die Beteiligten durch die SMAD auf die Absetzung der Parteiführung »eingeschworen«.<sup>62</sup> Hermes und Schreiber selbst wurde durch den Leiter der Informationsverwaltung der SMAD, Tulpanow,<sup>63</sup> der Rücktritt nahegelegt, doch vergebens. Bei einer anschließenden Aussprache mit den Landesvorständen erklärte Tulpanow schließlich, dass die SMAD die weitere Zusammenarbeit mit Hermes und Schreiber ablehne. Beide verließen daraufhin den Raum, sie waren somit ihrer Ämter enthoben.<sup>64</sup> Noch in derselben Sitzung schlug Tulpanow Kaiser und Lemmer als Nachfolger vor. Dies geschah keineswegs »spontan« (Conze). Ursprünglich waren die Landesvorsitzenden Leo Herwe-

58 Zur Auseinandersetzung um die Bodenreform vgl. BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 203–252; WILDE (wie Anm. 52), S. 199–253; Siegfried SUCKUT, *Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union*, in: *Deutschland Archiv* 15 (1982), S. 1080–1095; Peter HERMES, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945*, Saarbrücken 1963.

59 Protokoll der Sitzung vom 22. November 1945, in: SUCKUT, *Blockpolitik* (wie Anm. 57), S. 102–105, Zitat S. 105. Siehe auch WILDE (wie Anm. 52), S. 235–238; Text der Resolution bei P. HERMES, *Bodenreform* (wie Anm. 58), S. 133–135.

60 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 236f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 239–242.

61 P. HERMES, *Bodenreform* (wie Anm. 58), S. 136–150. Siehe auch WILDE (wie Anm. 52), S. 458–462; Baus, *CDU* (wie Anm. 52), S. 237–240.

62 EBD., S. 242.

63 Zu Tulpanow sowie der Funktion der Informations- bzw. Propagandaverwaltung vgl. Stefan CREUZBERGER, *Die Sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ*, Weimar 1996, S. 36–38. Tulpanows Memoiren sind ausgesprochen tendenziös und daher für den Konflikt mit der CDU unergiebig. Sergej TULPANOW, *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*, Berlin (Ost) 1986.

64 Hierzu Hermes/Schreiber an die Mitglieder des Gründungsausschusses, 20.12.1945, ACDP 07-010-2178. Siehe auch A. HERMES, *Leben* (wie Anm. 53), S. 223–228; WILDE (wie Anm. 52), S. 247–249; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 240–244, zu den Gründen S. 245–252.

gen (Halle) und Reinhold Lobedanz (Schwerin) vorgesehen, doch hatten Vertreter der übrigen Landesverbände sich im Vorfeld bereits für Kaiser und Lemmer ausgesprochen.<sup>65</sup> Kaiser erbat sich zunächst Bedenkzeit, Lemmer nahm gleich an.<sup>66</sup> Die Besatzungsmacht hatte ihn massiv unter Druck gesetzt, das Amt anzunehmen, andernfalls drohe ihm ein Prozess über seine Tätigkeit während der NS-Zeit – er hatte als Berichterstatter für ausländische Zeitungen gearbeitet, darunter die »Neue Zürcher Zeitung«, der »Independence Belge« und der »Pester Lloyd«. Außerdem drohte man, sein Haus in Klein-Machnow zu beschlagnahmen.<sup>67</sup> Am 21. Dezember 1945 erklärten Kaiser und Lemmer vor dem Gründerausschuss der Partei ihre Zustimmung. Zusätzlich wurde der Vorstand erweitert; die Vorsitzenden der Landesverbände Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, Leo Herwegen und Reinhold Lobedanz, wurden zum 3. bzw. 4. Vorsitzenden ernannt.<sup>68</sup> Damit war die Krise vorerst beigelegt.

Nach dem Führungswechsel leitete Jakob Kaiser einen »programmatischen Linksruck«<sup>69</sup> in der CDU ein, indem er den »Christlichen Sozialismus« propagierte, in Verbindung mit seinem »Brückenkonzept«: Danach war es die besondere Aufgabe Gesamtdeutschlands, einen eigenen politischen Weg zwischen dem östlichen und westlichen politischen System zu finden. Gelänge dies, käme Deutschland eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West zu bzw. eine »Brückenfunktion«.<sup>70</sup>

Dieser gesamtdeutsche Akzent des Kaiserschen Konzeptes war für Lemmer besonders wichtig. Zwar trat er in den parteiinternen Programmdiskussionen selbst nicht hervor, doch trug er dazu bei, das neue CDU-Programm auf zahlreichen gut besuchten Veranstaltungen in der SBZ zu verbreiten.<sup>71</sup>

65 EBD., S. 242f.; vgl. CONZE (wie Anm. 2), S. 50f., sowie aus sowjetischer Sicht Gerhard WETTIG, *Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten*, in: HPM 6 (1999), S. 109–137, hier S. 119.

66 Bericht Nuschkes vor dem Gründerausschuss, Niederschrift über die Sitzung am 21.12.1945, ACDP 07-010-2179, abweichend *Weekly Political Summary* 14, Pink an Bevin, 27.12.1945, FO 371/55360, wonach Lemmer nur zustimmen wollte, wenn auch Kaiser das Amt annähme. Vgl. WILDE (wie Anm. 52), S. 248f.; CONZE (wie Anm. 2), S. 50f.

67 A. HERMES, *Leben* (wie Anm. 53), S. 228. In der Tat wurde Lemmers Berichterstattung erst im Januar 1947 Gegenstand einer Pressekampagne. Sowjetischer Druck auf Lemmer ist auch in den Berichten der britischen Behörden belegt, *Weekly Political Summary* 14, Pink an Bevin, 27.12.1945, Public Record Office, London (PRO), FO 371/55360.

68 Niederschrift über die Sitzung des Gründerausschusses am 21.12.1945, ACDP 07-010-2179; CONZE (wie Anm. 2), S. 50f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 249–253.

69 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 255; Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, 2. erw. Aufl., Stuttgart, 1980, S. 301–304.

70 Zum Brückenkonzept EBD., S. 310–315; siehe weiter WILDE (wie Anm. 52), S. 364–372; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 259–262; CONZE (wie Anm. 2), S. 64–68.

71 Siehe z. B. die Beschreibung bei Peter BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950*, Köln 1986, S. 68–70. Zur parteiinternen Diskussion BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 255–268.

In den westlichen Besatzungszonen stießen Kaiser und Lemmer allerdings auf Widerstand. Im Frühjahr 1946 konnten die Vorsitzenden der Ost-CDU erstmals eine Reise in den Westen antreten, Kaiser zuerst, Lemmer mit einigen Tagen Verzögerung. Bei ihren zahlreichen Gesprächen machte sich der Widerstand bemerkbar, den vor allem Adenauer den Berliner Ambitionen entgegensetzte.<sup>72</sup> Ziel seiner Bemühungen war in erster Linie Jakob Kaiser, Lemmer stand in seinem Schatten, entfaltete weniger Initiative.<sup>73</sup> Neben dem Brückenkonzept und dem »Christlichen Sozialismus« war das »Reichstreffen« umstritten, ein Parteitag in Berlin, zu dem die CDU der SBZ auch Vertreter der westlichen Zonenorganisation eingeladen hatte. Kaiser und Adenauer einigten sich schließlich, dass das Treffen eher als ein »Parteitreffen der CDU Berlin und der verschiedenen Landesparteien in der russischen Zone« anzusehen sei. Repräsentanten der übrigen Zonen seien als nicht stimmberechtigte Gäste zu betrachten.<sup>74</sup> Die Auseinandersetzung schwelte in den nächsten Monaten weiter.

Am 15. Juni 1946 trafen schließlich gut 90 Personen aus den übrigen Zonen ein, darunter Josef Müller aus München, Karl Arnold aus Düsseldorf und Gustav Heinemann aus Essen. Konrad Adenauer hatte allerdings abgesagt.<sup>75</sup> In einer viel beachteten Rede stellte Kaiser erneut sein Brückenkonzept vor. Lemmer stellte sich in seinem Beitrag ganz hinter den Vorsitzenden.<sup>76</sup> Der Parteitag war für beide durchaus ein Erfolg.

Dementsprechend gestärkt ging die Partei in ihren ersten Wahlkampf in der SBZ. Am 19. Juni 1946 kündigte die SMAD Gemeindewahlen für September an, am 11. September Kreis- und Landtagswahlen für den 20. Oktober 1946.<sup>77</sup> In der darauf folgenden Kampagne bereiste Lemmer intensiv die SBZ und engagierte sich mit seinem beträchtlichen Rednertalent für die Partei.<sup>78</sup> Im ge-

72 Siehe die Dokumente zu einem bizonalen Treffen in Stuttgart, Konrad ADENAUER, *Briefe*, bearb. von Hans Peter MENSING, Bd. 1: 1945–1947, Berlin 1985, S. 202–209; LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 308–311, Bericht über ein Gespräch mit Konrad Adenauer. Zur Reise Kaisers detailliert CONZE (wie Anm. 2), S. 71–81. Eine Korrektur bei ADENAUER, *Briefe* 1, S. 192, 626 Anm. 3.

73 Im Gegensatz zum Gespräch mit Kaiser fand ein Treffen mit LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 308–311 keinen Niederschlag in Adenauers Korrespondenz.

74 Adenauers Bericht über das Gespräch mit Kaiser, 8.4.1946, ADENAUER, *Briefe* 1 (wie Anm. 72), S. 202–205.

75 Zahlen bei WILDE (wie Anm. 52), S. 397. Absage Adenauers an Kaiser, 24.5.1946, ADENAUER, *Briefe* 1 (wie Anm. 72), S. 245–245. Siehe auch CONZE (wie Anm. 2), S. 89–92.

76 Protokoll des 1. Parteitages der CDU vom 15. bis 17.6.1946 in Berlin, ACDP 07-011-2177; Lemmers Rede »Der Weg der Union« in ACDP 07-010-842, Ergänzungen 07-011-2177. Zum Parteitag siehe auch CONZE (wie Anm. 2), S. 92–97; BLOCH, *Hoffnung* (wie Anm. 71), S. 72f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 397f.

77 CREUZBERGER, *Besatzungsmacht* (wie Anm. 63), S. 44.

78 Nach dem »Versammlungsplan für Herrn Ernst Lemmer«, ACDP 07-010-489, bereiste Lemmer zwischen dem 29.8. und dem 14.9.1946 die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

samten Wahlkampf war die CDU Repressalien durch SMAD und SED ausgesetzt: Ihre Redner mussten, bis auf Kaiser, Lemmer und Hickmann<sup>79</sup>, Redemanuskripte vorab genehmigen lassen. Weitere Schikanen reichten von Benachteiligung der CDU durch die Wahlordnung bis hin zur Verhaftung von Parteimitgliedern und ihren Familien.<sup>80</sup>

Wahlsieger wurde denn auch die SED. Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen erhielt sie 57,1 bzw. 50,1 Prozent der Stimmen, gefolgt von der LDP respektive CDU. Bei den Landtagswahlen erhielt die SED insgesamt 47,6 Prozent. Die CDU erreichte ihr bestes Landtagswahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern (34,1 Prozent). In Brandenburg, Lemmers Heimat, schnitt sie immerhin mit 30,6 Prozent überdurchschnittlich ab.<sup>81</sup> Lemmer selbst wurde in den brandenburgischen Landtag gewählt. Allerdings war seine Tätigkeit hier für ihn nur ein Nebenschauplatz, er konzentrierte sich nach wie vor auf die Berliner Politik.<sup>82</sup>

Diese stand in den folgenden Monaten ganz im Zeichen der Deutschlandpolitik. Zunächst sah sich die Berliner CDU-Führung mit parteiinterner Kritik vor allem aus den westlichen Besatzungszonen konfrontiert. Die meisten Angriffe richteten sich gegen Jakob Kaiser,<sup>83</sup> doch setzte Lemmer zur Verteidigung an. In einem Artikel der »Neuen Zeit« kritisierte er den unionsinternen politischen Streit um Begriffe wie »Föderalismus« oder »Unitarismus« sowie die Debatte um eine zukünftige Hauptstadt Deutschlands. Ausdrücklich nahm er Anstoß an Äußerungen Adenauers, der sich für Frankfurt am Main als Hauptstadt ausgesprochen hatte, weil diese Stadt nicht »auf Kolonialboden«, sondern »auf altem deutschen Kulturboden« läge. Solche Bekundungen dienten, so Lemmer, lediglich der Vertiefung der Zonengrenzen. Infolge des Artikels wurde der parteiinterne Streit an die Öffentlichkeit getragen.<sup>84</sup>

79 Manfred AGETHEN, Art. *Hugo Hickmann*, in BECKER u. a., *Lexikon* (wie Anm. 6), S. 279.

80 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 319–331; WILDE (wie Anm. 52), S. 177–187; CREUZBERGER, *Besatzungsmacht* (wie Anm. 63), S. 44–92. Zu den Bedingungen für CDU-Redner siehe auch BLOCH, *Hoffnung* (wie Anm. 71), S. 68f.; Günter BUCHSTAB (Hg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961*, Düsseldorf 1998.

81 Günter BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, in: *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 3), S. 381–431, hier S. 386f. und 396–421. Zur Bewertung siehe CREUZBERGER, *Besatzungsmacht* (wie Anm. 63), S. 92–106; Baus, *CDU* (wie Anm. 52), S. 331–339; WILDE (wie Anm. 52), S. 189–196.

82 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 288–290.

83 CONZE (wie Anm. 2), S. 116–120. Umstritten war auch die Verwendung von Briefbögen mit der Aufschrift Reichsgeschäftsstelle; siehe Adenauer an Katzenberger, 6.12.1946, ADENAUER, *Briefe* 1 (wie Anm. 72), S. 378–380, zum Hauptstadstreit Adenauer an Vockel, S. 381–383; insgesamt WILDE (wie Anm. 52), S. 400–405.

84 Ernst LEMMER, *Ein ordnendes Wort*, »Neue Zeit«, 24.11.1946. Siehe auch WILDE (wie Anm. 52), S. 401f.; CONZE (wie Anm. 2), S. 120f.

Die Differenzen wurden auf der CDU-Interzonenkonferenz am 5./6. Februar 1947 in Königstein weiter ausgetragen. Das Treffen, nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen Adenauers immer wieder verschoben,<sup>85</sup> sollte die Gründung der »Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU« vorbereiten, um die Arbeit der verschiedenen Zonenorganisationen zu koordinieren. Aus der SBZ reisten Kaiser, Lemmer und Hugo Hickmann an. Auf der Tagung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere um die Wahl des Vorsitzenden eines auswärtigen Ausschusses. Haußleiter schlug sofort den ehemaligen Botschafter von Prittwitz und Gaffron vor, Lemmer nominierte Jakob Kaiser. Es kam zu einer erregten Diskussion, in der Gerüchte und Anschuldigungen gegen Kaiser aufs Tapet gebracht wurden. Letztlich einigte man sich darauf, lediglich eine »Außenpolitische Informationsstelle« unter von Prittwitz einzurichten.<sup>86</sup> Somit war es Lemmer und Kaiser nicht gelungen, die für die Berliner wichtige Schlüsselstellung eines außenpolitischen Sprechers zu besetzen.

Im Anschluss an die Tagung kam es zu einer Aussprache zwischen Kaiser, Lemmer und Adenauer. Über dieses Gespräch liegen zwei Berichte vor, ein kurzer Abschnitt in Lemmers Erinnerungen<sup>87</sup> sowie eine am 8. Februar 1947 verfasste Notiz Adenauers. Letztere hat zwar den Vorzug der Gleichzeitigkeit, doch stellte Adenauer die Position der Berliner ausgesprochen tendenziös dar. Danach hatten Kaiser und Lemmer um ein Gespräch gebeten. Ersterer wirkt in Adenauers Darstellung wie ein unkluger Hitzkopf, der rationalen Argumenten gegenüber kaum aufgeschlossen war. Lemmer dagegen erschien durchaus kompromissbereit.<sup>88</sup> Nach seinen Erinnerungen war es Adenauer, der um die vertrauliche Zusammenkunft gebeten hatte, um die Berliner »zu besänftigen«. Allerdings ohne Erfolg, lediglich einige persönliche Verletzungen konnten ausgeräumt werden.<sup>89</sup> Immerhin gestand Lemmer zumindest im Nachhinein ein, dass auch Kaiser nicht eben gerade Verhandlungsgeschick bewiesen hatte: »Jakob Kaiser war mit seiner Aufrichtigkeit und Härte freilich auch kein be-

85 Adenauer an Heurich, 9.12.1946, ADENAUER, *Briefe* 1 (wie Anm. 72), S. 386; Adenauer an Dörpinghaus, 21.12.1946, EBD., S. 396f. Siehe auch Brigitte KAFF (Hg.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, Düsseldorf 1989*, S. 19 Anm. 12.

86 Das offizielle Protokoll der Sitzung (EBD., S. 17–36) erwähnt die Auseinandersetzung nicht. Quelle hierfür ist ein anonymer »Vertraulicher Bericht« vom 26.2.1947 im NL Kaiser, BA N 1018/58. Laut CONZE (wie Anm. 2), S. 271 Anm. 3, verfasste Alfred Gerigk den Bericht auf der Basis stenographischer Mitschriften. Das Dokument ist auszugsweise abgedruckt in: KAFF, *Unionsparteien* (wie Anm. 85), S. 37–56. Siehe auch Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 1: *Der Aufstieg 1876–1952*, München 1994, S. 530–532; WILDE (wie Anm. 52), S. 405–411.

87 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 304. Der Bericht über die gesamte Tagung EBD., S. 299–306.

88 ADENAUER, *Briefe* 1 (wie Anm. 72), S. 437–440; auch in: KAFF, *Unionsparteien* (wie Anm. 85), S. 56f.

89 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 304.

quemer Partner. Diplomatische Vorgeplänkel lagen ihm nicht. Deshalb schickte er mich als Wortführer ins Gefecht. Sicherlich aber hätte sich das Klima durch Kaisers Leidenschaftlichkeit noch weiter verschlechtert.«<sup>90</sup>

Obwohl Kaiser und Lemmer inhaltlich vollkommen übereinstimmten, hatte letzterer sich auf dieser Arbeitstagung konzilianter gezeigt. Damit entsprach er einer abgesprochenen Arbeitsaufteilung. Kaiser war offensichtlich mehr für die großen Linien und Entwürfe zuständig, Lemmer, mit seiner langjährigen politischen Erfahrung aus der Weimarer Republik, für die Diplomatie und die Gremienarbeit. Trotz alledem war es nicht gelungen, die Unterstützung Adenauers für die Berliner CDU zu gewinnen.

Zu Beginn des Jahres 1947 setzte nun die SED die Berliner CDU-Führung politisch unter Druck: Angesichts der Gründung der Bizone am 1. Januar sowie im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz startete die SED eine neue Offensive der Deutschlandpolitik, die am 2. März in der Forderung nach einem Volksentscheid zur Einheit Deutschlands gipfelte. Zur Vorbereitung und Durchführung sollte ein Ausschuss von Partei- und Gewerkschaftsvertretern aus Gesamtdeutschland gebildet werden.<sup>91</sup> Die CDU sah sich nun gezwungen zu reagieren. In der Diskussion war seit September 1946 immer wieder eine nationale Vertretung gewesen.<sup>92</sup> Am 4. Januar hatte Lemmer in der »Neuen Zeit« eine »Nationale Repräsentation« der Deutschen angeregt.<sup>93</sup> Der Begriff wurde von Kaiser in den folgenden Monaten aufgegriffen; auf einer Kundgebung der Parteien anlässlich der Leipziger Messe am 6. März 1947 forderte er erstmals öffentlich die Wahl einer deutschen Nationalversammlung.<sup>94</sup>

Ein weiteres Forum für ihre Ideen fanden Kaiser und Lemmer bei der Tagung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, die vom 13. bis 15. März in Berlin stattfand. Adenauer hatte seine Teilnahme im Vorfeld wegen einer Grippe abgesagt. Damit fehlte der Hauptgegenspieler Kaisers; dementsprechend verlief die Tagung weitgehend harmonisch. Kaiser und Lemmer begründeten noch einmal die Notwendigkeit einer »Nationalen Repräsentati-

90 EBD., S. 303.

91 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 353–358; siehe auch SCHWARZ, *Reich* (wie Anm. 69), S. 331–341.

92 CONZE (wie Anm. 2), S. 135f.

93 Leitartikel, »Neue Zeit«, 4.1.1947. LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 314f. verwendet fälschlich »Neue Repräsentanz«. Er selbst unterstreicht den »Eindruck«, den dieser Artikel im Freundeskreis machte, während CONZE (wie Anm. 2), S. 272 Anm. 7, seinen Einfluss eher herunterspielt. In der Tat wurde die Idee bereits zuvor diskutiert. In einem weiteren Artikel, *Blick auf Moskau*, »Neue Zeit«, 1.3.1947, forderte Lemmer die Einrichtung einer nationalen demokratischen Vertretung. Siehe auch CONZE (wie Anm. 2), S. 137.

94 Druck der Rede in Christian HACKE (Hg.), *Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, Köln 1988, S. 191–195. Vgl. BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 359; CONZE (wie Anm. 2), S. 138f.

on«. Die anwesenden Vorstandsmitglieder beauftragten einen Ausschuss (Lemmer, von Prittwitz und Dörpinghaus) mit der Abfassung einer »Entschlie-ßung«. Nach eingehender Diskussion wurde diese dann mit einer Enthaltung (Josef Müller) gebilligt und am 15. März veröffentlicht. Drei gleichlautende Briefe ergingen an den Vorsitzenden der SPD in Hannover, Schumacher, an Pieck und Grotewohl für die SED und Külz für die LDP, mit der Einladung, sich an einer gesamtdeutschen Volksvertretung zu beteiligen.<sup>95</sup>

Blockiert wurde diese Initiative in erster Linie durch den SPD-Vorsitzenden Schumacher. Adenauer, eigentlich ein Gegner einer solchen Nationalversammlung, verhielt sich abwartend.<sup>96</sup> Kaiser und Lemmer suchten unterdessen ihre Pläne in Verhandlungen mit Vertretern anderer Parteien sowie durch intensive Lobbyarbeit voranzutreiben.<sup>97</sup> Auf einer Reise in den Westen suchten sie das direkte Gespräch mit Schumacher. Nach einem ersten Fehlschlag kam es am 28. Mai zu einer Unterredung, mit dem Ergebnis, dass die SPD eine Beteiligung endgültig ablehnte.<sup>98</sup> Der Plan, in den Kaiser und Lemmer so viel Energie und Engagement gesteckt hatten, war auf ganzer Linie gescheitert.

Auch privat stand Lemmer 1947 unter Druck: Im Januar sah er sich Vorwürfen des SPD-nahen »Telegraf« ausgesetzt, er habe unter dem Deckmantel seiner Tätigkeit als Auslandskorrespondent nationalsozialistische Propaganda verbreitet. Die Vorwürfe gefährdeten sein Ansehen ebenso wie seine Position in Partei und Gewerkschaft. Es gelang jedoch, alle Anschuldigungen zu entkräften; sowohl FDGB als auch CDU stellten sich öffentlich hinter Lemmer.<sup>99</sup> Die Auseinandersetzung war vorerst ausgestanden, doch wer konnte wissen, ob dies von Dauer war?<sup>100</sup>

95 Protokoll der ersten Sitzung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft, Berlin, 13.–15.3.1947, in: KAFF, *Unionsparteien* (wie Anm. 85), S. 58–94, Kaisers Rede S. 59–64, Lemmers Rede in Stichworten, S. 81–83. Die Absage Adenauers an Kaiser, 12.3.1947, in: ADENAUER, *Briefe 1* (wie Anm. 72), S. 444. Siehe auch WILDE (wie Anm. 52), S. 419–421.

96 CONZE (wie Anm. 2), S. 139–144; vgl. SCHWARZ, *Reich* (wie Anm. 69), S. 333.

97 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 316–319; CONZE (wie Anm. 2), S. 139–144; WILDE (wie Anm. 52), S. 421–424.

98 Siehe den Bericht Müllers und Kaisers auf der dritten Sitzung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft in Würzburg, 2./3.6.1947, in: KAFF, *Unionsparteien* (wie Anm. 85), S. 111, 114, die Resolution S. 115. Vgl. LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 319–322; CONZE (wie Anm. 2), S. 144f.; Peter MERSEBURGER, *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Berlin 1997, S. 347f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 424f.

99 Siehe Aktennotiz über eine Unterredung zwischen Hermes, Lemmer, Pechel, 16.10.1946, ACDP 01-090-19/3, CDU-Vorstandsprotokolle, 11.1.1947, 15.2.1947, und die Erklärung in ACDP 07-010-2037, sowie Quellen in ACDP 01-280-042/5. Zum FDGB siehe auch »Der Vorstand des FDGB zum Fall Lemmer«, BA (SAPMO), DY 34/20194. Auch die britische Besatzungsmacht beschäftigte sich mit dem »Fall« Lemmer und konnte gleichfalls keine belastenden Artikel zu Tage fördern. Siehe Korrespondenz in PRO FO 1049/802.

100 In der Tat war Lemmers journalistische Tätigkeit auch später Gegenstand von Kampagnen der DDR gegen den populären Minister, so 1964; ACDP 01-280-064/3.

In den nächsten Monaten verschärften sich die Spannungen zwischen CDU und der Besatzungsmacht. Konfliktstoff boten neben der gesamtdeutschen Politik die Stellung der CDU zum Marshall-Plan und zur Oder-Neiße-Grenze ebenso wie die Zusammenarbeit der Parteien im »Block«. Im Juli 1947 beschloss die SED eine Intensivierung der Blockpolitik, die darauf zielte, die sogenannten »fortschrittlichen Kräfte«, d. h. die der SED-Politik angepassten, zu stärken. Darüber hinaus sollte die Blockpolitik nicht auf politische Organe beschränkt bleiben, sondern »die dauernde Auslösung der Volksinitiative« bewirken. Hierzu sollten Massenorganisationen wie der FDGB mobilisiert und einbezogen werden.<sup>101</sup>

Diese Versuche stießen in der CDU auf unterschiedliches Echo. Während der Landesverband Sachsen sich an erweiterten Blockveranstaltungen beteiligte, holte Kaiser auf einer erweiterten Sitzung des Hauptvorstandes am 12. Juli 1947 zu einem Rundumschlag gegen die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED aus. Vor knapp 100 CDU-Funktionären sowie dem SMAD-Verbindungsoffizier Kratin<sup>102</sup> ging er zunächst auf die Außenpolitik ein: Er rechtfertigte eine westdeutsche Annahme des Marshall-Plans, wies aber auf die Gefährdung einer Spaltung Deutschlands hin und vertrat noch einmal mit Nachdruck die Forderung nach einer »Nationalen Repräsentation«. Im zweiten Teil der Rede kritisierte er die innenpolitische Situation der SBZ, die Rechtsunsicherheit, die Existenz von Internierungslagern, die Praxis der Enteignung, die Demontagen und schließlich die Blockpolitik, insbesondere die Einbeziehung der Massenorganisationen.<sup>103</sup> Im Anschluss legte er einen Entwurf von Richtlinien vor, wonach die Parteien als einziger Träger der politischen Willensbildung benannt wurden. In der darauf folgenden Aussprache meldeten einige CDU-Landesvorsitzende – Hickmann, Lobedanz und Herwegen – Bedenken an und versuchten, Kaisers Kritik abzumildern, indem sie auf positive Erfahrungen mit der Blockpolitik verwiesen. Schließlich wurde der Richtlinienentwurf verabschiedet, doch waren auf dieser Sitzung erste ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den Landesvorsitzenden und Kaiser sichtbar geworden.<sup>104</sup> Darüber hinaus legt Kaisers provozierende Rede nahe, dass er zu diesem Zeitpunkt sinnvolles politisches Engagement in der SBZ in

101 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 365–371; WILDE (wie Anm. 52), S. 437–493.

102 Kratin war der für die CDU zuständige Verbindungsoffizier der SMAD-Informationsverwaltung. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht* (wie Anm. 63), S. 38.

103 Rede bei HACKE, *Kaiser* (wie Anm. 94), S. 246–256. Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung, 12.7.1947, ACDP 07-010-203; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 372f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 439–444; CONZE (wie Anm. 2), S. 156–158.

104 Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung, 12.7.1947, ACDP 07-010-203. Die Aussprache ist im Protokoll gekürzt. Vgl. WILDE (wie Anm. 52), S. 444–446; CONZE (wie Anm. 2), S. 158f.; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 373f., zu weiteren Differenzen zwischen den Vorsitzenden der Landesverbände und der Berliner Führung S. 374–379.

Frage stellte. Hätte er sonst einen derartigen Konfrontationskurs eingeschlagen? Musste ihm nicht, noch nicht einmal zwei Jahre nach der Absetzung Hermes', klar sein, dass die SMAD derartigen Widerspruch nicht hinnehmen würde? Zumindest versuchte er mit dieser Rede noch einmal, den Handlungsspielraum auszuloten und dabei auch westlichen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.<sup>105</sup> Ob Lemmer vorab von dieser neuen Strategie informiert war, ist nicht belegt.<sup>106</sup> In der Vorstandssitzung ist jedenfalls kein Diskussionsbeitrag von ihm überliefert; anders als Kaiser hielt er sich noch bedeckt.

In den folgenden Wochen übte die SMAD einerseits Druck auf Vertreter der Landesverbände aus, sich gegen Kaiser auszusprechen,<sup>107</sup> andererseits versuchte sie, Kaiser und Lemmer, für ihre Position einzunehmen, allerdings ohne erkennbares Ergebnis.<sup>108</sup> Eine Konfrontation zeichnete sich immer deutlicher ab.

Am 6. September 1947 eröffnete Ernst Lemmer den zweiten Parteitag der CDU in Berlin. Unmittelbar danach ergriff Tulpanow unangekündigt das Wort, um die Sicht der SMAD auf die Blockpolitik sowie die deutschlandpolitischen Vorstellungen darzulegen. Im Anschluss sprach Kaiser. Er knüpfte an seine Rede vom 12. Juli an und brachte erneut seine Kritikpunkte vor. Die Delegierten stellten ihm einen überwältigenden Vertrauensbeweis aus: Mit 248 Stimmen wurde er bei einer Gegenstimme in seinem Amt bestätigt. Lemmer erhielt 247 Stimmen bei einer Enthaltung.<sup>109</sup> Der Parteitag bezeugte also noch einmal die große Zustimmung, die die Mitglieder Kaiser und Lemmer entgegenbrachten. Beide Vorsitzenden wurden als Einheit wahrgenommen.

Das Verhältnis zur SMAD verschlechterte sich in den folgenden Monaten.<sup>110</sup> Zum endgültigen Bruch kam es anlässlich der Auseinandersetzung um den »Volkskongress«. Am 26. November rief die SED zu einem »Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden« auf. Eine erste Tagesordnung beinhaltete Referate zur Deutschlandpolitik und die Wahl einer Delega-

105 Vgl. EBD., S. 374; WILDE (wie Anm. 52), S. 431–435.

106 Die Rede Kaisers wurde im geheimen vorbereitet; es ist nicht belegt, dass Lemmer zu den Eingeweihten gehörte. Johann Baptist GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–48 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 106.

107 WILDE (wie Anm. 52), S. 448f.

108 Aktennotiz über das Gespräch zwischen Marschall Sokolovskij, General Makarov, Oberst Tulpanow und Hauptmann Kratin mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, 28.8.1947, BA N 1018/116; Aktennotiz Gespräch General Georgiew und Ernst Lemmer, 29.8.1947, BA N 1018/85. Das Dokument ist ausführlich referiert bei CONZE (wie Anm. 2), S. 164–167. Siehe auch BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 380f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 449–451.

109 Rede Kaisers in: HACKE, *Kaiser* (wie Anm. 94), S. 257–269. Zum Parteitag CONZE (wie Anm. 2), S. 169–175; WILDE (wie Anm. 52), S. 453–457.

110 EBD. S. 458–475; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 384–386, 398f.; CONZE (wie Anm. 2), S. 173–185. Aus russischer Perspektive WETTIG, *Konflikt* (wie Anm. 65), S. 127–130.

tion zur Londoner Außenministerkonferenz.<sup>111</sup> Kaiser und Lemmer hatten bereits im Vorfeld ihre Bedenken gegen eine gemeinsame Erklärung im Einheitsfrontausschuss geäußert.<sup>112</sup> Auch die Teilnahme an einem solchen Volkskongress lehnten sie ab. Infolgedessen begannen SMAD sowie SED, einen verstärkten Druck auf Kreisverbände, Ortsgruppen und prominente Mitglieder der CDU auszuüben, um diese doch zur Beteiligung zu zwingen.<sup>113</sup>

Die CDU-Führung beraumte schließlich für den 2. Dezember 1947 eine Vorstandssitzung an, um die Position der Partei definitiv zu klären. Einzelne Landesverbände hatten bereits dem Druck der SMAD nachgegeben und eine Beteiligung am Volkskongress zugesagt, entgegen dem rigorosen Kurs der Berliner Führung. Es blieb nur die Einigung auf einen Kompromiss, wonach die CDU zwar den Volkskongress ablehne, die Teilnahme einzelner Mitglieder jedoch akzeptiert wurde. Lemmer vermittelte, indem er sich an der Ausarbeitung des Kompromisses beteiligte. Inhaltlich war er sich indes mit Kaiser einig: In der Diskussion hatte er sich loyal zum Vorsitzenden Kaiser gestellt.<sup>114</sup>

Schließlich nahmen am Volkskongress vom 6. bis 7. Dezember 1947 219 CDU-Mitglieder teil, darunter an prominenter Stelle Otto Nuschke. Er war eines von drei Vorstandsmitgliedern des ständigen Ausschusses, dem die Leitung des Kongresses oblag. Darüber hinaus hatte er eines der Hauptreferate übernommen. Damit wurde der Vorstandsbeschluss direkt unterlaufen.<sup>115</sup>

In einer kontroversen Sitzung am 11. Dezember 1947 beschäftigte sich der Vorstand in Anwesenheit Kratins mit diesem Verstoß. In seinen einleitenden Worten gab Kaiser darüber hinaus bekannt, dass die SMAD ihm das Vertrauen entzogen habe und zum Rücktritt »rate«. Im Anschluss rechtfertigte Nuschke sein Verhalten auf dem Volkskongress und ging dann zu Angriffen auf den Vorsitzenden über, die in der Aufforderung gipfelten, sein Amt niederzulegen. In der darauffolgenden Diskussion erklärte Lemmer dagegen ausdrücklich seine Unterstützung für Kaiser. Da sich der Vorstand auf keine weitere Vorgehensweise einigen konnte, vertagte er sich. Die Landesvorsitzenden wurden beauftragt, ohne Kaiser und Lemmer mit der SMAD zu verhandeln, um die Situation zu klären.<sup>116</sup>

111 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 388; Manfred KOCH, *Volkskongressbewegung und Volksrat*, in: *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 3), S. 345–357, hier S. 349f.

112 Lemmer und Kaiser an Pieck, 25.11.1947, BA (SAPMO), NY 4036/722.

113 BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 388–391.

114 Protokoll der Sitzung des CDUD-Vorstandes am 2.12.1947, ACDP 07-010-2037. Vgl. CONZE (wie Anm. 2), S. 190; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 392f.; WILDE (wie Anm. 52), S. 477f.

115 KOCH, *Volkskongressbewegung* (wie Anm. 111), S. 355; WILDE (wie Anm. 52), S. 478f.; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 395–397.

116 Protokoll über die Vorstandssitzung der CDU, 11.12.1947, ACDP 07-010-2037. Vgl. WILDE (wie Anm. 52), S. 482–486; CONZE (wie Anm. 2), S. 196–201; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 400f.

Am Vormittag des 19. Dezember erläuterte Kaiser den Vorsitzenden der Landesverbände erneut seine Position. Diese hatten auf seinen Rücktritt gehofft, wurden indes enttäuscht.<sup>117</sup> Am Nachmittag erklärte Tulpanow noch einmal den Landesvorsitzenden, dass eine Absetzung Kaisers unausweichlich sei. Diese verabschiedeten daraufhin eine Kompromisserklärung, in der sie beschlossen, »sich so lange von der Zonenleitung zu trennen, bis die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dieser und der SMAD wieder hergestellt« sei.<sup>118</sup>

Den Wünschen der SMAD war damit jedoch nicht genüge getan. Am Vormittag des 20. Dezember ließ sie schließlich durch Kratin erklären, dass »die SMAD bis auf weiteres die Vorsitzenden der sechs Landesverbände als oberste Vertretung der Partei unter dem Vorsitz Lobedanz/Hickmann betrachtet.« Damit waren beide Vorsitzenden endgültig abgesetzt.<sup>119</sup>

Während Kaiser versuchte, vom Westen aus die Geschicke der Ost-CDU zu lenken, blieb Lemmer noch in der SBZ. Obwohl er inhaltlich mit Kaiser übereinstimmte, wie die Debatten im Vorfeld gezeigt hatten, war er im Verlauf des gesamten Konfliktes bedeutend vorsichtiger aufgetreten und hatte sich nicht an der harschen Kritik der SMAD beteiligt. Bei aller Vorsicht erklärte er sich indes in der Vorstandssitzung, in der es um die Absetzung Kaisers ging, solidarisch und lehnte es ab, an Kaisers Stelle zum ersten Vorsitzenden ernannt zu werden.<sup>120</sup> Wenige Tage später, am 26. Dezember 1947, wies er das Angebot, den Vorsitz zu übernehmen, gegenüber den SED-Vertretern Otto Grotewohl und Erich Gniffke erneut ab.<sup>121</sup> So blieb er mit Kaiser gemeinsam abgesetzt.

Allerdings behielt er zunächst seine Ämter im FDGB und Kulturbund bei und versuchte immerhin ein Jahr lang, eine Nische in der SBZ, ja sogar der Ost-CDU zu finden. Dies belegt eine Unterredung, die Lemmer am 11. März 1948 mit dem Verbindungsoffizier Kratin führte. Das Protokoll, von Kratin selbst zwei Tage später für die Informationsverwaltung SMAD verfasst, wurde nach 1989 im Archiv des Russischen Außenministeriums entdeckt.<sup>122</sup> Demzufolge distanzierte sich Lemmer von Kaiser und erklärte seine Bereitschaft, wieder ein Amt in der CDU-Parteiführung zu übernehmen. Er bezeichnete sich

---

117 EBD., S. 406f.

118 CONZE (wie Anm. 2), S. 203f., Zitat S. 204. Vgl. RICHTER, *Ost-CDU* (wie Anm. 52), S. 35; BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 406, der gänzlich auf Conze basiert.

119 CONZE (wie Anm. 2), S. 204f., zit. nach EBD., S. 205. Vgl. RICHTER, *Ost-CDU* (wie Anm. 52), S. 35, sowie BAUS, *CDU* (wie Anm. 52), S. 407.

120 GRADL, *Anfang* (wie Anm. 106), S. 138.

121 GNIFFKE, *Jahre* (wie Anm. 27), S. 272; LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 312f.

122 CREUZBERGER, *Lemmer* (wie Anm. 39). Auch WETTIG, *Konflikt* (wie Anm. 65), S. 131, weist nach, dass zumindest Teile der SMAD zur Zusammenarbeit mit Lemmer bereit waren.

als Sozialist, sagte eine Teilnahme an der zweiten Sitzung des Volkskongresses im März 1948 zu und machte insgesamt weitgehende politische Zugeständnisse.<sup>123</sup> Eine Bewertung dieser Quelle ist indes problematisch. Hatte Kratin wirklich wahrheitsgemäß über das Gespräch berichtet? In den Akten der amerikanischen Besatzungsmacht ist eine Gegenquelle, ein Bericht über dieses Gespräch, überliefert, wonach Lemmer alle Angebote Kratins zurückwies.<sup>124</sup> Was sagte er also wirklich? Angesichts seiner bisherigen Anpassungs- oder Kompromissbereitschaft ist durchaus wahrscheinlich, dass die Überlieferung Kratins zutreffend ist. Wäre dann dieses Gespräch ein eklatantes Beispiel für Lemmers Opportunismus? Dies hieße, die Bedeutung der Quelle zu hoch einzustufen.<sup>125</sup> Wahrscheinlich ist, dass er aus Angst vor Repressionen, wohl auch um seine Möglichkeiten auszuloten, Kratin gegenüber Zugeständnisse machte. Taktieren war eher seine Methode als Konfrontieren, zumal er noch plante, in der SBZ zu bleiben.

In der Tat aber löste er keine Zusage ein; anders als Otto Nuschke oder Georg Dertinger ließ er sich letztlich nicht durch die SMAD instrumentalisieren: Er nahm nicht am Volkskongress teil und verzichtete im September 1948 in einem Schreiben an Otto Hickmann auf alle weiteren Parteiämter. Der Brief sollte auf dem Erfurter Parteitag der CDU 1948 vorgelesen werden. Damit distanzierte sich Lemmer in aller Deutlichkeit vom Vorgehen gegen Kaiser und beraubte sich endgültig der Möglichkeit, jemals wieder eine Führungsposition in der Ost-CDU zu übernehmen.<sup>126</sup>

Lemmer hatte, vieler Widrigkeiten zum Trotz, lange in der SBZ ausgeharrt. Die Gründe waren vielfältig: Die Familie besaß in Klein-Machnow ein Haus, und es fiel ihm schwer, das vertraute Umfeld zurückzulassen.<sup>127</sup> Hinzu kam, dass er keinen eigentlichen Beruf erlernt hatte; er war Berufspolitiker und Gewerkschaftsfunktionär. Letzterer hatte in der SBZ ein Einkommen, im Westen dagegen wartete man nicht gerade auf ihn. Die Schwierigkeiten, die jemand wie Andreas Hermes hatte, im Westen Fuß zu fassen, mochten eher abschreckend gewirkt haben.<sup>128</sup> Daher zeigte er durchaus Anpassungsbereitschaft –

123 CREUZBERGER, *Lemmer* (wie Anm. 39), S. 41f.

124 IfZ, MF 84 POLAD 455/3, *Subject Weekly Intelligence Report* No. 26 1948; CREUZBERGER, *Lemmer* (wie Anm. 39), S. 43.

125 EBD., S. 42–45.

126 Lemmer an Hickmann, 13.9.1948, ACDP 01-280-043/6. Vgl. die Berichte in Westberliner Zeitungen, *Lemmer lehnt Kandidatur ab*, »Tagesspiegel«, 12.9.1948, *Selbstmord oder Flucht*, »Telegraf«, o. D., *Untergang einer Partei*, »Tagesspiegel«, 25.9.1948. Vgl. CREUZBERGER, *Lemmer* (wie Anm. 39), S. 43–45.

127 LEMMER, *Erinnerungen* (wie Anm. 28), S. 337.

128 Rudolf MORSEY, *Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie*, in: HPM 10 (2003), S. 129–149.

dennoch ist der Vorwurf des Opportunismus insgesamt ungerechtfertigt. Am stärksten mag dieser noch für Lemmers Verhalten im Kulturbund zutreffen, als er sich dem Parteifreund Ferdinand Friedensburg gegenüber illoyal zeigte und Kritik, die er selbst nur kurze Zeit später vorbringen sollte, zurückwies. Doch selbst hier, wie auch in Partei und Gewerkschaft, kannte er die Grenzen der Anpassung. Anders als seine Parteifreunde Nuschke oder Dertinger war er letztlich nicht bereit, sich dauerhaft zu kompromittieren und schlug so schließlich doch den Weg nach Westen ein.